

Wien, Freitag, den 22. Oktober 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Oktober 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 5 Uhr abends die Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen 26 Verhandlungsgegenstände, von denen elf ohne Wortmeldung genehmigt werden. Darunter befinden sich Anträge des Vizebürgermeisters Emmerling auf Festsetzung des Tarifes für einen Gepäcksschein für die Strecke Wien Augartenbrücke - Stammersdorf der Strassenbahn mit 24 Groschen und auf Bewilligung eines Betrages von 90.000 Schilling für die Herstellung neuer Gashauptrohrleitungen, des Gemeinderates Broczyner auf Uebnahme von dreitausend Stück Aktien der Wiener Baustoffe-A.G., die von der Donauregulierungskommission der Gemeindeverwaltung angeboten wurden, des Gemeinderates Hies auf Bewilligung einer Subvention für den Verein für Tierhygiene, des Gemeinderates Schneider auf Fortsetzung der Holzpflasterung in der Strecke Löhrigasse-Gürtel-Karl Marxstrasse mit einem Aufwand von 40.000 Schilling und auf die Deckung eines Mehrerfordernisses von 63.024 Schilling für Strassen-erhaltung und Strassenbau, des Gemeinderates Schütz auf Abänderung einer Baulinie in Simmering, des Gemeinderates Schön auf Ankauf eines Grundstückes in Hernals, des Gemeinderates Suchanek auf Bewilligung eines Zuschusskredites auf Arzneien, Badagisten - und Optikerwaren, des Gemeinderates Thaller auf Gewährung einer Subvention für die Gesellschaft für vervielfältigende Kunst und des Gemeinderates Weigl auf Aufhebung der seinerzeit gefassten Beschlüsse über die Unterstützung der Auswandereraktion nach Ksül-Orda.

G.R. Iser beantragt einen Zuschusskredit von 10.000 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses infolge Einbaues von Hydranten in Strassenzügen, die erst später mit Alleebäumen bepflanzt werden sollen.

G.R. Stöger (chr.-soz.) richtet an die Mehrheit den dringenden Appell, im Sinne Luegers noch mehr als bisher den Ausbau Wiens zur Gartenstadt zu fördern und bei Schaffung von Gartenanlagen in denkbar weitestem Masse Koniferen heranzuziehen.

Der Referent nimmt diesen Wunsch zur Kenntnis und bemerkt, dass infolge der Bodenbeschaffenheit Wiens der Verwendung von Koniferen gewisse Grenzen gezogen seien, dass die Gemeindeverwaltung die Schaffung neuer Gartenanlagen sich angelegen sein lasse, beweisen die Tatsachen der letzten Jahre, während welcher viele neue Parks angelegt worden sind.

Der Referentenantrag wird angenommen.

G.R. Iser beantragt zur Deckung des Mehrerfordernisses, das durch den Mehraufwand am Pflanzen, bedingt durch Ausgestaltung öffentlicher Gartenanlagen, entstanden ist einen Zuschusskredit von 80.000 Schilling zu bewilligen.

G.R. Körber (chr.-soz.) bringt verschiedene Bezirkswünsche vor insbesondere tritt er dafür ein, dass die Gemeindeverwaltung unbeschadet der gegenwärtigen Besitzverhältnisse die Kanalisierung des Praters durchführe. Redner stellt den Antrag, es sei die zweite Hälfte des Volkwehrplatzes zu einer Parkanlage umzuwandeln, die dort stehende hässliche Bauhütte anzutragen, den Lagerplatz für Pflastersteine in der Oberen Donaustrasse aufzulassen auf diesen Gründen einen Park anzulegen und den Santa Luciaplatz gärtnerisch auszugestalten. Bezüglich des Praters legt Redner der Gemeindeverwaltung nahe, sich dieses Gebietes anzunehmen, denn die Gemeinde habe am Prater ein grosses Interesse und sie sei auch infolge der bedeutenden Steuerleistung der dortigen Pächter im Stande helfend einzugreifen.

Der Referent erklärt, dass die Gemeindeverwaltung die Schaffung neuer Gartenanlagen immer wieder im Auge habe, dass sie insbesondere im geschlossenen Stadtgebiet die gärtnerische Ausgestaltung freier Flächen

vornehmen wolle, doch habe sie mit den dem Bund gehörigen Gründen sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Der Bund wolle solche Gründe der Gemeinde absolut nicht überlassen. Die Frage des Praters könne nicht bei diesen Referat behandelt werden. Man möge bedenken, dass der Gemeinde eine Reihe von Ausgaben erwachsen würden, während die Steuern zur Instandhaltung des Praters nicht hinreichen würden.

Der Referentenantrag wird angenommen, die Anträge Körbers werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Jenschik (Soz. Dem.) beantragt einen Zuschusskredit von 23.500 Schilling zur Deckung der Mehrauslagen, welche die Erhaltung der Amtshäuser erfordern.

GR. Hölaubek (chr.-soz.) wendet gegen den Antrag nichts ein. Er wünscht nur, dass dem Bezirksvorsteher Stellvertreter von Währing ein Amtsräum eingeräumt wird.

Bezirksvorsteher Dr. Siegsmuth (chr.-soz.) wünscht verschiedene Renovierungen des Alten Rathauses, so die Einführung der Gasheizung in die Amtsräume und die Kassierung einer veralteten Klosettanlage. Weiters kritisiert er die Unterbringung von Vereinen, wie z.B. die Unterbringung der Freidenker im Amtsgebäude und die Plakatierung von Versammlungsanzeigen im Amtshaus.

GR. Binder (Soz. Dem.) bemängelt verschiedene Unzukömmlichkeiten im Amtshaus des III. Bezirkes und wünscht ebenfalls, dass sowohl auf der Landstrasse, als auch auf der Brigittenau dem Bezirksvorsteher Stellvertreter ein geeigneter Amtsräum zur Verfügung gestellt wird.

In seinem Schlusswort erwidert GR. Jenschik, dass in verschiedenen Amtshäusern ein Mangel an Räumen herrsche und daher den Bezirksvorstehern-Stellvertretern nur Räume zugewiesen werden konnten, die vorhanden waren.

Sodann wird der Referentenantrag angenommen.

GR. Rzehak beantragt den Bericht über die Ergebnisse der städtischen Unfallfürsorge, der den Mitgliedern des Gemeinderates vorliegt, zur Kenntnis zu nehmen. Im Jahre 1925 erstreckte sich diese Fürsorgeeinrichtung auf insgesamt 27.378 Bedienstete, von denen der grösste Teil, nämlich 15.431 auf die städtischen Strassenbahnen kommt. Es ereigneten sich im Berichtsjahr 200 Unfälle, die zur Entschädigung führten, gegenüber 173 im Jahre 1924. Die Gesamtzahl der Unfälle im Jahre 1924 war 2425, im Jahre 1925 ereigneten sich 2676 Unfälle, was mit einer um rund 2000 vermehrten Zahl von Bediensteten zusammenhängt. Die verhältnismässig grosse Zahl der verzeichneten Unfälle ist schliesslich auch darauf zurückzuführen, dass sämtliche städtische Bedienstete, so insbesondere die der städtischen Unternehmen den Auftrag haben, jede selbst auch die geringste Verletzung anzuzeigen, wenn auch keine Dienstunterbrechung eintritt. Im Jahre 1925 belaufen sich die Kosten der Unfallfürsorge bei der Gemeinde auf 262.809 Schilling. Tödliche Unfälle ereigneten sich sechs, davon waren vier Bedienstete des Elektrizitätswerkes, ein Bediensteter der städtischen Strassensüberführung und ein Bediensteter des städtischen Kalkwerkes. Ende 1925 verblieben 701 Rentner.

GR. Hölaubek (chr.-soz.) erblickt die Ursachen der Vermehrung der Unfälle in den städtischen Betrieben in der Ausnützung der Arbeiter, die weit über das zulässige Mass hinausgehe. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die Unfälle sich häufen. Es wäre dringend notwendig, die Sparwat einzudämmen und dafür Sicherheitsvorkehrungen auszubauen, um dem Wachstum der Unfälle Einhalt zu gebieten. Hoffentlich werde der nächste Bericht beruhigender lauten.

Referent verweist in seinem Schlusswort auf die Statistik, wonach im Jahre 1912 in den städtischen Betrieben zehn tödliche Unfälle sich ereigneten, im Jahre 1913 acht, im Jahre 1914 sieben, während das Jahr 1925 deren sechs aufweise. Wenn in Betracht gezogen werde, dass die Strassenbahn ihre Geschwindigkeit erhöht hat, und die städtischen Werke ausgebaut wurden, werde man wohl sagen müssen, dass die Statistik der Unfälle im Vergleiche zu früheren Jahren nicht ungünstig sei und sich sagen müsse, dass die Gemeindeverwaltung nichts unterlassen habe, um die Sicherheit ihrer Bediensteten zu gewährleisten. Bei Untersuchung gewisser Bundesbetriebe ist der Referent, wie er bemerkt, auf geradezu erschreckende Ziffern der Unfallsstatistik gekommen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

St.R. Richter beansprucht einen Zuschusskredit von 28.000 Schilling für Herstellungen in der Hauptfeuerwache Döbling.

GR. Doppler (chr. soz.) legt dar, dass für die Hauptfeuerwache Döbling nunmehr der vierte Zuschusskredit gefordert werde. Es habe also vierfache Überlegung gebraucht, bevor man sich darüber im Klaren war, in Döbling eine Hauptfeuerwache zu schaffen. Dieser Fall sei ein Schulbeispiel dafür, wie planlos manchmal in der Gemeinde gewirtschaftet werde. Infolge der unsinnigen Ausschaltung der freiwilligen Feuerwehren seien heute manche Bezirke ohne jeden Feuerschutz. Aber die Mehrheit verfähre nach anderen Methoden, über deren Güte die Meinungen auseinander gehen. Wenn sie schon ein anderes Rezept anwendet, möge sie doch wenigstens nach einem bestimmten Plan vorgehen. Das ist nun nicht der Fall und es berührt sonderbar, wenn man sieht, dass nach und nach 70.000 Schilling ausgegeben werden, wobei immer nur ein Bruchteil der Arbeiten verrechnet wird, die zusammen ein Ganzes bilden sollen. Solche Methoden können nicht den Geschmack der Minderheit finden.

GR. Richter entgegnet in seinem Schlusswort, dass die Budgetgeschäftsführung erfordert, dass für jede Rubrik eben ein Zuschusskredit oder Kredit überhaupt angefordert werden muss. Sodann wird der Antrag angenommen.

GR. Schneider beantragt die Regulierung und Umpflasterung des Matzleinsdorferplatzes mit dem Gesamtkostenverfordernis von 170.000 Schilling zu genehmigen, und einen Zuschusskredit von 20.000 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses zu bewilligen.

GR. Angermayer (chr. soz.) wünscht, dass Strassen, deren Strassendecke schon schlecht ist, erst geölt werden sollen, wenn die Strassendecke instandgesetzt ist. Die Löcher in der Strassendecke sollen ausgefüllt werden, die Strasse gewälzt werden und dann erst geölt werden. Auch könnten die Strassenöhlungen bei Nacht durchgeführt werden.

In seinem Schlusswort teilt Gemeinderat Schneider mit, dass bis heute zwei ein halb Millionen Quadratmeter Strassenlänge, das ist die Hälfte der Strassenlänge/überhaupt, geölt wurden. Die Öhlungen bei Nacht würden das Doppelte kosten und können daher nicht durchgeführt werden. Sodann wird der Referentenantrag angenommen.

St. R. Siegel beantragt die Genehmigung der Errichtung einer Feuerwache für die Berufsfeuerwehr in Hietzing, Speisingerstrasse Nr. 36.

G.R. Angermayer (chr. soz.) wendet sich gegen die Errichtung dieser Feuerwache in Hietzing. Gerade in den ländlichen Bezirken, wie Hietzing einer ist, haben sich die freiwilligen Feuerwehren besser als die Berufsfeuerwehr bewährt. Es ist gar kein Grund vorhanden, die freiwilligen Feuerwehren auszuschalten, und es ist unbegreiflich, dass die Gemeinde gegen die freiwilligen Feuerwehren rücksichtslos vorgeht. Wir können nicht fehl gehen, den Grund/darin zu suchen, dass sich die freiwilligen Feuerwehren eben nicht rot organisieren lassen. Mit der Errichtung der Feuerwache werden parteipolitische Zwecke verfolgt und deswegen kann die Minderheit nicht für den Antrag stimmen.

Der Antrag wird sodann nach dem Schlussworte des Stadtrates Siegel angenommen.

St. R. Siegel beantragt die Verträge, wonach die Gemeinden Atzgersdorf, Erlaa, Inzersdorf, Liesing, Siebenhirten, Vösendorf, Brunn, Theresienfeld ihre Wasserversorgung aus der Wiener Hochquellenleitung decken, zu genehmigen. Schon seit 15 Jahren wird an die sogenannten Südbahngemeinden Hochquellenwasser abgegeben. Sie bestanden Verträge liefen im Jahre 1923 ab und nach neuen, langwierigen Verhandlungen sind die nun vorliegenden Verträge zustande gekommen. Im grossen und Ganzen wurde den neuen Verträgen der alte Vertrag zugrunde gelegt, nur der Wasserpreis wurde den bestehenden Verhältnissen angepasst. Ein Kubikmeter Wasser kostet dreissig Groschen, der Preis steigt jährlich um fünf Groschen bis er die Höhe von fünfzig Groschen erreicht. In den Verträgen ist auch festgehalten, dass, wenn die Wiener Wasserversorgung eine Drosselung erfährt, die Drosselung auch auf die Gemeinden ausgedehnt wird. Die Abgabe des einwandfreien Hochquellenwassers liegt auch im Interesse der Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien.

G.R. Bissler (chr. soz.) bemerkt, dass die Minorität gegen den Antrag nichts einzuwenden habe. Er wende sich nur gegen die lange Vertragsdauer.

In seinem Schlusswort stellt Stadtrat Siegel fest, dass die erste Wiener Hochquellenleitung täglich durchschnittlich hunderttausend Kubikmeter und die zweite Hochquellenwasserleitung täglich durchschnittlich zweihunderttausend Kubikmeter Wasser liefert. Im Jahre 1910 betrug der Wasserverbrauch in Wien pro Kopf und Tag achtzig Liter und heute schwankt er von 186 bis 190 Liter. Da aller Voraussicht nach der Wasserverbrauch noch mehr ansteigen wird, werden wir uns noch mit der Ausgestaltung der Wiener Wasserversorgung beschäftigen werden müssen.

Sodann wird der Antrag angenommen.

GR. Suchanek beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 35.100 Schilling für die Bäckerei Spinnerln am Kreuz zur Deckung der Mehrerfordernisse, die aus den Mehreinnahmen zu bestreiten sind.

GR. Körber (chr. soz.) bezeichnet die städtische Bäckerei als überflüssig, sie arbeite anscheinend mit Defizit und die ausgeniesenen Gewinne seien erkünstelt. Die Bäckerei ist und bleibe ein Parteunternehmen und aus diesem Grunde könne die Minderheit dem Antrage nicht ihre Zustimmung geben.

Der Referent bestreitet in seinem Schlusswort, dass dieses Unternehmen mit Defizit arbeite. Die Minorität möge den Rechnungsabschluss abwarten, dann werde sie sehen, dass das Unternehmen aktiv ist. Der Referentenantrag wird angenommen.

St.R. Tandler berichtet über den Antrag auf Inanspruchnahme eines Zuschusskredites von 1,6 Millionen Schilling für die Erhaltungsbeiträge und Mietzinsaushilfen.

Dr. GRin. Motzko (chr. soz.) erklärt gegen die Art und Weise sich wenden zu müssen, in der die gesamte Fürsorge geleitet werde. Aus allen Bezirken kommen Klagen, dass den Fürsorgeparteien ihre Pfründen gekürzt werden und das sei auf einem Erlass aus jüngster Zeit zurückzuführen, der von der betreffenden Magistratsabteilung sehr streng gehandhabt werde. Die Rednerin zählt zahlreiche Fälle auf, in denen Bezugsberechtigten Parteien die Fürsorgebeiträge im Wege der Überprüfung wesentlich gekürzt worden sind. In einigen Akten wurden vom sozialdemokratischen Vorsitzenden des Fürsorgetrates eigenmächtig Korrekturen und Abstriche vorgenommen. Unter den Verkürzten befindet sich eine Frau im dritten Bezirk, die in das Elisabethinerkloster übersiedelte und deren

Beitrag auf sechzehn Schilling monatlich mit der Begründung gekürzt wurde, dass sie im Kloster bedienstet sei, während sie in Wirklichkeit dort nur eine Zuflucht gefunden und vollkommen erwerbsunfähig ist.

Andere ähnliche Fälle beweisen, wie sehr die offene Fürsorge politisiert wird. Manchmal bekommen die Leute in der Zeit der Ueberprüfung, die Monate lang dauert, eine aushilfsweise Unterstützung, die ihnen dann später von der Pfründe abgezogen wird. Im zehnten Bezirk erhält eine Mutter mit fünf Kindern monatlich sechsunddreissig Schilling, sie kann trotz wiederholter Bitten und Urgenzen nicht mehr bekommen. Eine sozialdemokratische Fürsorgerätin erklärte, dass diese Unterstützungen überhaupt bald zur Einstellung gelangen. Auf diese Weise wird unter den armen Leuten Beunruhigung hervorgerufen, denn es ist doch ernstlich nicht daran zu denken, namentlich die Familienpflegegelder ganz eingehen zu lassen. Im vierzehnten Bezirk erhielt eine Frau die Fürsorgeanweisung auf einem Blatt, dessen andere Seite die Einladung zu einer sozialdemokratischen Bezirksversammlung enthielt. Das zeigt, dass der betreffende Fürsorgerat mit seinem Amt auch einen politischen Zweck verbindet, wogegen energisch protestiert werden müsse. Den armen Menschen soll beigebracht werden, dass sie nur dann etwas von der Gemeinde zu erwarten haben, wenn sie sich der sozialdemokratischen Partei anschliessen. Der Vorsteher des Fürsorgerates im vierzehnten Bezirke erlaubte sich auch die Anträge der christlichsozialen Fürsorgeräte eigenmächtig zu korrigieren. Dagegen muss auf das allerschärfste Verwahrung eingelegt werden. Rednerin betont, dass die von ihr aufgezählten Fälle durchaus nicht vereinzelt seien, dass sie sich vielmehr häufen. Man komme auf den bösen Verdacht, dass die monatelange Verzögerung der zur Ueberprüfung gelangenden Fürsorgeakten aus dem Grunde geschehe, um hunderte von Millionen ersparen zu können. Angesichts der geschilderten Misstände dürfe man sich nicht wundern, wenn viele Fürsorgeräte amtsüde werden und ihre Mandate zurücklegen. Der fragliche Erlass ist eine Katastrophe in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien, man wolle auf diese Weise ein ganz unverantwortliches Sparsystem durchbringen, um die unsinnig teure Anstaltspflege wettzumachen. Die Gemeinde möge lieber die private Fürsorge unterstützen, die in ihren Leistungen die kommunalen Stellen weit übertreffe.

GR. Hörma jr (chr. soz.) wünscht eine Erhöhung der Erhaltungsbeiträge für die alten Leute, eine zureichende Erledigung der Ansuchen um Erhaltungsbeiträge und verlangt schliesslich die Beistellung von Amtsräumen für die Stellvertreter der Fürsorgeinstitutsvorsteher.

In seinem Schlusswort weist StR. Professor Dr. Tandler die Anwürfe der Minorität zurück. Es ist auch heute nichts neues von der Minderheit vorgebracht worden. Ich habe mich schon oft und oft bemüht, Ihnen die Dinge so auseinanderzusetzen, wie sie sind. In früherer Zeit musste jedes Ansuchen in die zuständige Magistratsabteilung kommen. Wir haben diese Ungeheuerlichkeit aus der Welt geschafft. Ich begreife, dass die Opposition an unserer Fürsorge schärfste Kritik übt. Es besteht eine alte Verordnung, dass im Laufe eines Jahres keine Erhöhung der Pfründe statthaft ist. Wir halten uns nicht daran. Wir haben Erhöhungen gegeben, die eine ungeheure Summe ausmachen. Sie behaupten auch, die Gesuchswerber trauen sich nicht zu uns zu kommen. Ich kann ihnen durch eine Statistik beweisen, dass bis vor Monaten ungefähr 40.000 Menschen die Magistratsabteilung 8 aufgesucht haben. Sie machen aus allen Vorkommnissen eine Verurteilung des Systems. Sie bezeichnen die Amtsmüdigkeit den Fürsorgeräten als Fahnenflucht. Das aber ist alles aus der Umbildung der Verhältnisse zu erklären. Ich erinnere mich an einen Ausspruch, den ein Verstorbener Gemeinderat Ihrer Partei über die Behandlung der Pfründner gesagt hat. Er hat dabei das Wort Peitsche gebraucht (Zurufe von der Majorität: Hundspeitsche!) Das war vielleicht das System von damals. Es gibt gewiss ein Mittel, die Dinge zu bessern. Machen wir doch endlich eine vernünftige Altersversorgung! (Starker Beifall bei der Majorität). Sodann wird der Antrag angenommen.

Der Antrag auf Schaffung einer städtischen Blindenfürsorge-stelle wird von der Tagesordnung abgesetzt. Schluss der Sitzung 9 Uhr abends. Nächste Sitzung Freitag, den 29. Oktober 5 Uhr nachmittags.